

Renate Geuter (SPD)
Sigrid Rakow (SPD)
Dieter Möhrmann (SPD)

Hannover, den 6. April 2010

Kleine Anfrage zur mündlichen Beantwortung

„Gülle wird zum Trinkwasserproblem“ – was tut die Landesregierung?

Unter dem Titel „Gülle wird zum Trinkwasserproblem“ wurde am 22. März 2010, um 19:30 Uhr, in der Sendung „das Magazin“ im NDR-Fernsehen (<http://www.ndr.de/flash/mediathek/index.html>) über die zunehmende Nitratbelastung des Trinkwassers berichtet. In großen Teilen Niedersachsens sei der Zustand des oberflächennahen Grundwassers als schlecht einzustufen. Der Oldenburgisch-Ostfriesische Wasserverband (OOWV) berichtet aus dem Trinkwasserschutzgebiet Thülsfeld, dass die Nitratwerte seit 2008 dramatisch ansteigen. Die Ursachen sollen allesamt mit der Landwirtschaft zusammenhängen. Insbesondere der zunehmende Maisanbau – auch in Trinkwasserschutzgebieten - für Biogasanlagen würde eine Ursache sein. Es würde zur Düngung von Mais zu viel Gülle aus der Massentierhaltung auf die Felder gelangen, die Filterkapazität der Böden seien erschöpft und so gelange das gesundheitsgefährdende Nitrat in das Trinkwasser. Als Fazit wurde gezogen, dass die seit vielen Jahren angewandten freiwilligen Maßnahmen der Landwirtschaft zum Schutz des Trinkwasser nicht ausreichen würden. Der OOWV fordert vom zuständigen Ministerium höhere Auflagen für die Landwirtschaft. Der NDR fasst zusammen: „Trinkwasserschutz kontra Mais und Gülle - offensichtlich muss der Gesetzgeber hier noch kräftig nachbessern.“

Wir fragen die Landesregierung:

1. Wie stellen sich die Nitratwerte in den oberflächennahen Grundwässern Niedersachsens (Grundwassermessstellen bis 10 m) insgesamt dar und an wie vielen und welchen Messstellen, in welchen Regionen liegen die Werte zu hoch und wie haben sich diese seit Inkrafttreten der Wasserrahmenrichtlinie verändert?
2. Welche Steuerungsinstrumente wird die Landesregierung anwenden, um den Bau der Biogasanlagen und den damit verbundenen großflächigen, intensiven Maisanbau zu regulieren und welche den Gewässerschutz betreffenden Vorschläge zur Novellierung des EEG will Niedersachsen wann und wie in den Bundesrat einbringen?
3. Welche Instrumente stehen der staatlichen Wasserwirtschaftsverwaltung sowie den für die Umsetzung der Kooperationen zuständigen Wasserversorgern zur Verfügung, um der negativen Entwicklung entgegenwirken zu können und welche Veränderungen plant die Niedersächsische Landesregierung, um die Biogasanlagenbetreiber besser als bisher in den kooperativen Trinkwasserschutz mit einzubeziehen?

gez. Renate Geuter
Sigrid Rakow
Dieter Möhrmann

F. d. R.

Dr. Cornelius Schley
Fraktionsgeschäftsführer